
**Pressemitteilung des Migrationsbeirates München vom
03.04.2017**

**Referendum in der Türkei, Auswirkungen auf die Münchner
Stadtgesellschaft und Lösungsvorschläge**

Die Türkei steht vor einem wichtigen Verfassungsreferendum, das am 16.04.2017 abgehalten wird. Die in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen können seit Montag voriger Woche ihre Stimme abgeben.

Der Ausgang des Referendums hat erhebliche Auswirkungen auf die politische Entwicklung in der Türkei. Die bedeutungsvolle Volksabstimmung über das zukünftige Gesicht des türkischen Staats führt automatisch zu Spannungen in der Gesellschaft hierzulande, da die Türkei sowohl Herkunftsland einer sehr großen Zahl an Migrantinnen und Migranten ist als auch einen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner Deutschlands darstellt.

Das enorme Maß an Anteilnahme von in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen am politischen Willensbildungsprozess in der Türkei und die gelegentlich äußerst emotionalen Diskussionen über die Entwicklungen sind im Hinblick auf die enge Bindung vieler türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten an ihre zweite Heimat verständlich. Die Politisierung und Mobilisierung wird freilich noch dadurch verstärkt, dass die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland aufgerufen ist an dem Referendum aktiv teilzunehmen.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München erachtet es als außerordentlich wichtig, sich über die Thematik auszutauschen und zu diskutieren. In den Augen des Migrationsbeirats muss es möglich sein, über die Zukunft der Türkei auch in Deutschland gelegentlich kontroverse oder emotionale Diskussionen zu führen, ohne dafür sofort gemäßregelt oder einseitig beurteilt zu werden. Es fällt allerdings vermehrt auf, dass der Ton in der Berichterstattung und auf Social-Media-Plattformen nicht konstruktiv ist und in einigen Fällen sogar Öl ins Feuer gegossen wird. Dadurch wird eine ohnehin schwierige Debatte zusätzlich verschärft und erschwert.

Wir fordern alle Medienvertreter auf, eine konstruktive und konfliktfreie Debatte zu unterstützen. Gleichmaßen fordern wir alle Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationsgeschichte zu einer friedlichen und demokratischen politischen Auseinandersetzung auf.